

## **Thesen aus der Nachfolgediskussion zu PISA**

### **1 Fakten**

Die Ergebnisse der beiden internationalen PISA-Studien haben für Deutschland vier wesentliche Fakten ins Blickfeld gerückt:

1. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sind in den getesteten Kompetenzen im Großen und Ganzen nur mittelmäßig.
2. Die Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs vom Sozialstatus im Vergleich zu anderen Staaten besonders hoch.
3. Der Anteil derjenigen Schüler/innen, deren Kompetenzen im Lesen, in Mathematik und Naturwissenschaften nicht über elementare Grundkenntnisse hinausgehen, liegt zwischen 20 und 25 %.
4. Die Unterschiede der Geschlechter im Bereich der Lesekompetenz sind nach wie vor sehr hoch; die Wahrscheinlichkeit für Jungen, zu den leistungsschwächsten Schülern im Bereich der Lesekompetenz zu gehören ist signifikant größer als für Mädchen.

Diese Ergebnisse bedeuten eine Verletzung des Chancengleichheitsgebots und eine schlechte Prognose für die erfolgreiche Lebensbewältigung für eine große Gruppe von Kindern und Jugendlichen.

### **2 Analyse**

Wo liegen nun die konkreten Zusammenhänge zwischen den beschriebenen Ergebnissen und dem Bildungs- und Schulsystem?

Nicht erst seit der Konjunktur der Hirnforschung ist bekannt, dass für den erfolgreichen Erwerb von Kompetenzen spezifische Phasen genutzt werden müssen. Die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung wurde auf diesem Hintergrund in Deutschland immer unterschätzt. Im Gegenteil schien die Politik nach dem Motto zu handeln „Je kleiner die Kinder, desto geringer die Ressourcen und die Ansprüche an die Ausbildung der Verantwortlichen.“ Ein Blick in die Gewichtung der Bildungsfinanzierung legt dies jedenfalls nahe.

#### **Struktur und Kultur**

Ein Blick in die OECD-Staaten und deren Partnerländer zeigt, dass das deutsche Schulsystem mit seiner starken externen Ausdifferenzierung ein Ausnahmefall ist. In den meisten Ländern existieren integrative Schulsysteme, übrigens gerade auch in denjenigen, die seit PISA 2000 auf Grund ihrer guten Leistungen

und ihrer Fähigkeit zum sozialen Ausgleich als Vorzeigeländer gelten (Finnland, Schweden)

Eine vergleichende Betrachtung der PISA-Studie und anderer Vergleichsstudien legt den Schluss nahe, dass sich die durch das soziale Umfeld bedingten Ungleichheiten im Verlauf des Schullebens nicht abschwächen sondern sogar verstärken.

Die PISA-Studien nahmen in den vergangenen Jahren einen hohen Stellenwert in der bildungspolitischen Diskussion ein. Die GEW hat in den Ergebnissen der Studien empirische Belege für ihre zentrale Forderungen gefunden. Pisa-Studien können sehr wohl Argumente für die Debatte um grundlegende Strukturreformen des Schulwesens liefern, auch wenn von konservativer Seite inzwischen eine massive Diskreditierung des PISA-Projekts betrieben wird. Insbesondere die These, dass das gegliederte Schulsystem integrativen Systemen überlegen sei, kann als widerlegt gelten.

Es ist unbestritten, dass Strukturveränderungen mit dem Ziel einer stärkeren Integration keine hinreichende Bedingungen sind, um zu besseren Leistungen und zu mehr Chancengleichheit zu kommen. Das Gelingen der Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen muss in den Mittelpunkt aller Reformbemühungen gestellt werden. Der Perspektivenwechsel von der Defizit orientierten Pädagogik hin zu einer an den Kindern und deren Fähigkeiten, Stärken und Potenzialen orientierten Pädagogik ist längst überfällig.

Wir sind entschieden der Meinung, dass zur Umsetzung dieses Perspektivenwechsels auch ein struktureller Bruch notwendig ist und zwar unter anderem auch aus der Überlegung heraus, dass alle schulischen Akteure, auch Lehrer/innen, in diesem Schulsystem aufgewachsen sind und es oft schwer fällt, sich von eigenen Erfahrungen zu lösen. Die Abschaffung der Vielgliedrigkeit und deren Ersetzen durch eine Basis- oder Gemeinschaftsschule hat, neben den gewichtigen pädagogischen Gründen, auch eine symbolische Funktion, die allen schulischen Akteuren klar machte, worin die Leitlinie einer „neu gedachten Schule“ besteht. Die GEW wird in dieser Position von zahlreiche Wissenschaftlern, Verbänden, der OECD und vielen anderen unterstützt.

### **Verständnis von Bildung und Bildungspolitik**

Der Stellenwert der **frühkindlichen Bildung** ist gestiegen. Dies zeigen unterschiedliche Maßnahmen, die zum Beispiel auch die Landesregierung in Baden-Württemberg initiiert oder eingeleitet hat: Mit Mitteln der Landesstiftung werden Programme zur Sprachförderung finanziert, die Arbeiten an einem Bildungs- und Orientierungsplan für die frühkindliche Bildung sind weit gediehen, ein verpflichtendes Kindergartenjahr ist ebenso in der Diskussion wie eine Erzieherinnenausbildung auf akademischem Niveau. Notwendig ist auf alle Fälle die tiefen Gräben zwischen Sozial- und Schulpädagogik aufzubrechen und auch die weit verbreitete Denktradition von der „Schule als das Ende der Kindheit“ zu durchbrechen.

Der Grundstein für die große Gruppe der Schüler/innen mit nur elementaren Grundbildungskennntnissen, wie sie sich bei den PISA-Studien darstellt, wird bereits in der Grundschule gelegt. In den Grundschulen wird im Grundsatz der Anspruch einer „kindgerechten Bildung“ noch am ehesten vertreten und umgesetzt. In der Grundschule entscheiden sich aber auch schon vielfach die Bildungskarrieren. Die **Pflicht der Zuweisung** der Kinder auf verschiedene Schularten wirft schon am Ende der zweiten Klasse ihre Schatten voraus. Fragen und Forderungen von Eltern, welche Schulart ihr Kind wohl besuchen kann oder soll, konterkarieren oft viele pädagogische Ziele und Konzepte.

In vielen Äußerungen des Ministeriums und der Schulverwaltung wird immer noch das Bild von der „begabungsgerechten Förderung“ erkennbar, bei Hauptschüler/innen verknüpft mit der Forderung, sie „berufsfähig zu machen“. Hinter diesen Begriffen und Forderungen verbirgt sich im Grunde nichts anderes als ein extrem **reduzierter Bildungsbegriff** und der Formulierung eines niedrigen Bildungsanspruchs, den man für eine bestimmte Klientel, insbesondere die Sonder- und die Hauptschüler/innen, für ausreichend hält.

### **3 Schlussfolgerungen**

#### **Zu den bildungspolitischen Leitlinien und zum Grundverständnis von Bildung:**

- (1) Jede Veränderung des Schulwesens muss von klar formulierten Bildungszielen getragen werden. Unterricht, Lehrpläne, berufliches Selbstverständnis der Lehrer/innen, Lehrerbildung. Schulentwicklung all das muss aufeinander bezogen und einem integrativen/inkluisiven Schulwesen zuträglich sein.
- (2) Die GEW muss deutlich machen, dass bei ihren bildungspolitischen Überlegungen immer ein horizontales, an der Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen anknüpfendes Verständnis von Bildung gemeint ist.
- (3) Notwendig sind zum Beispiel andere Formen der Leistungsbeurteilung. Die Notengebung ist einem positivem Lernen und dem Lernerfolg (siehe Veröffentlichungen von Prof. Dr. Spitzer, Ulm) abträglich und sollte in der Elementarstufe und der Primarstufe aufgegeben und durch individualisierte Formen der Leistungsbewertung und Rückmeldung ersetzt werden
- (4) Der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, die ausreichend Lernräume und Lernzeit für eine umfassende und ausgleichende Bildung bieten, wird offensiv vertreten.

#### **Zur Wirkung von Strukturen:**

- (5) Strukturveränderungen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für bessere Ergebnisse und mehr Chancengleichheit.
- (6) Der Konstruktionsfehler des Schulsystems ist die Selektierung nach Schularten, die zwangsläufig und durchaus auch bewusst desintegrative Wirkungen erzeugt. Um hier Fehlentwicklungen und falsche Entscheidungen korrigieren zu können, müssen die Schnittstellen, so weit dies möglich ist, optimiert und flexibilisiert werden. Das längere gemeinsame Lernen (10-jährige Basisschule) bleibt darüber hinaus eine der zentralen Forderungen der GEW.

- (7) Gerade unter einer Orientierung an "Kompetenzen" erscheint es widersinnig, diese "begabungsgerecht" zu differenzieren. Wenn "Kompetenzen" als Teil von Bildungszielen Gültigkeit beanspruchen, dann gilt dieser Anspruch für alle Schülerinnen und Schüler. Die Zielqualität darf nicht vermeintlich "begabungsgerecht" herunter gebrochen oder exklusiv antizipiert werden. Zu differenzieren und zu individualisieren sind vielmehr die zu den Bildungszielen und Kompetenzen führenden Lernwege, die auf die je gegebene Lernausgangslage und das Lernvermögen antworten. Nimmt man den Anspruch ernst, dass Bildungsziele nicht teilbar sind und die Lernwege sehr viel mehr individualisiert verlaufen (müssen), verlieren Schulstufen und Schularten jegliche Form gebende Bedeutung.
- (8) Die wissenschaftlich längst obsolet gewordene, typologisch sortierende Begabungslehre muss endlich aufgegeben werden. In allen Bildungseinrichtungen besteht eine Kernaufgabe darin, Begabungen zu entwickeln und nicht Begabungen „festzustellen“.
- (9) Die Abgrenzungen zwischen Elementar-, Primar- und Sekundarstufen sind weder eindeutig zu ziehen noch ist dies in einem pädagogisch konsequenten Sinne erforderlich.

#### **Zur Chancengleichheit:**

- (10) Ansatzpunkt für Verbesserungen muss die Verschiedenheit der Kinder sein. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer müssen in die Lage versetzt werden Verschiedenheit positiv zu nutzen.
- (11) Eine qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung muss auch selektiven Tendenzen aktiv entgegen wirken.
- (12) Die Sprachförderung ist zentral und muss bereits in der Elementarbildung beginnen. In der Grundschule muss darüber hinaus die Sprachförderung immer noch ihren Platz haben.
- (13) Dringend nötig ist eine geschlechtsspezifische Differenzierung im Bereich der Lesekompetenz und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen. Dazu müssen die Lehrkräfte sensibilisiert und fortgebildet werden.
- (14) Der sich in den unteren Bildungsgängen manifestierende „Bildungskeller" wird zunehmend auch zu einem Erziehungs- und Unterrichtsproblem. Als solches ist es aber solange nicht Erfolg versprechend anzugehen, wie gesellschaftlich und familiär verursachte Problemlagen schulisch akkumuliert werden und Desintegration sich schulisch fortsetzt.
- (15) Die in anderen Ländern erfolgreiche Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschule zeigt, dass die „Integration“ von Schul- und Sozialpädagogik möglich und sinnvoll ist (Spielerisch lernen – lernend spielen).
- (16) Unterricht: Bei der Forderung nach einer stärkeren Individualisierung des Lernens müssen Lehrerinnen und Lehrer geeignete Unterstützungsmaßnahmen durch Fortbildungsangebote und Ausstattung erhalten.
- (17) Qualitätsstandards für die Erzieher/innenausbildung und für Leitungsfunktionen in diesem Bereich sind notwendig, um den Transfer des umfangreichen Wissens über frühkindliche Bildung in die Praxis zu Gewähr leisten.

- (18) Eine anspruchsvolle Diagnostizitätigkeit, die nicht nur in Testkategorien „denkt“, ist fester Bestandteil der täglichen Arbeit von Erzieher/innen.
- (19) Die beiden zuvor genannten Punkte deuten darauf hin, dass eine stärkere Professionalisierung der Erzieher/innenarbeit und –ausbildung notwendig ist. Die GEW fordert hierzu den Aufbau von entsprechenden Studiengängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik.
- (20) Das Ziel der individuellen Förderung und des selbst gesteuerten Lernens wird an den Grundschulen sehr unterschiedlich verfolgt. Die Lehrerbildung muss deshalb noch stärker an der Berufstätigkeit orientiert werden. Zum Beispiel müssen Kenntnisse im Anfangsunterricht zum Pflichtprogramm der Lehrer/innenbildung (Grundschule) werden, was heute keineswegs der Fall ist.

**Zur Bildungsfinanzierung:**

- (21) Die Bildung in Deutschland ist unterfinanziert. Dies zeigen europäische und internationale Vergleiche. Die GEW tritt für mehr Investitionen in allen Bildungsbereichen ein.
- (22) Das öffentlichen Angebot muss durch die Einrichtung von Ganztagschulen erheblich erweitert werden.
- (23) Die allseits geforderte Stärkung der individuellen Förderung muss durch eine Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen auch umgesetzt werden. Das Gebot der Ressourcenneutralität ist insbesondere in diesem Bereich nicht hinnehmbar.
- (24) Es müssen größere – auch finanzielle - Anstrengungen unternommen werden, um mehr Schüler/innen zur Studierfähigkeit zu führen (u.a. durch die Einführung eines Schüler-Bafögs ab der 11. Klasse).
- (25) Die – ggf. stufenweise - Abschaffung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen ist ein elementarer Eckpfeiler, um der Chancengleichheit gerecht zu werden. Gebühren für die Tageseinrichtungen für Kinder halten Kinder von deren Besuch fern.